

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Bismarckstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kutschhauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 169.

Dienstag, 22. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Bote. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, freie Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Vertrag verbündet, durch Abgabe eines Beschlusses der Redaktion, der die Beschlüsse der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschland in London.

Die Einladung an die deutsche Regierung, Vertreter nach London zu entsenden, um ihre Zustimmung zu den dort gefassten Beschlüssen zu geben, soll erfolgt sein. Nach den ersten Eindrücken, die man aus den Mitteilungen der alliierten Regierungen empfangen hat, glaubt man, daß es zu Verhandlungen kommen wird. Eine diskussionslose Zustimmung der Reichsregierung zu den einzelnen politischen Entscheidungen ist ebenso wenig zu erwarten, wie die Entgegennahme eines Diktates. Die alliierten Regierungen bemühen sich zwar, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich um eine Anbahnung Deutschlands. Diese Bezeichnung dürfte jedoch den wirklichen Tatsachen in keiner Weise entsprechen. Es kommt vielmehr darauf an, daß die bisherigen Londoner Beschlüsse eine Festlegung erhalten, die die starken Bedenken zerstreut, welche man in Deutschland gegenüber der Regelung der sogenannten Reparationsfrage abt. Die ausländischen Kommunikationsebenen gehen über den eigentlichen Kern der Beschlüsse nur ganz unklare Auskunft. Sie sind so gehalten, daß sie namentlich der öffentlichen Meinung in Frankreich entgegen kommen sollen. In Wirklichkeit kann ein Staatsmann aber absolut nichts damit anfangen, wenn beschlossen wird, daß bei etwaigen Verstößen Deutschlands die Reparationskommission unter Einwirkung eines amerikanischen Vertreters irgendwelche Maßnahmen beschließen soll, die in Wirklichkeit absolut nicht im Einzelnen erörtert wurden, über die zur Zeit noch volle Unklarheit besteht. Offenbar sind Frankreich und Belgien in großer Verlegenheit darüber, was geschehen soll, wenn Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug bleibt. Neuerliche Maßnahmen im Ruhrgebiet erscheinen ihnen als letzter Ausweg, um ein Druckmittel gegen Deutschland in der Hand zu haben.

Die deutsche Regierung will jedoch gegen die Beschlüsse über die Sanktionsfrage energischen Einspruch erheben, weil sie es für unerträglich betrachten würde, neuerdings dem Druck von Sanktionsmaßnahmen ausgesetzt zu sein. Die offizielle Volkspartei „Rei“ weist in einem sehr entschieden gehaltenen Artikel darauf hin, daß die grundsätzliche Anerkennung territorialer Sanktionen für die deutsche Auffassung schlechterdings unannehmbar wäre. Auch die englischen Gegenentwürfe seien so unzureichend und in ihrer Auswirkung so bedenklich, daß man deutschseits ernstliche Beforgnisse äußern muß. Von der endgültigen Entscheidung dieser Punkte werde auch die Stellung der deutschen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten mit beeinflusst werden.

Es darf im Allgemeinen nicht übersehen werden, daß die überraschenden Beschlüsse der Londoner Konferenz sehr viel Theorie enthalten und dadurch nicht nur für Deutschland, sondern für das Schicksal der Reparationsfrage überhaupt eine äußerst bedenkliche Situation schaffen. Die Amerikaner haben es durchgesehen, daß auch von Frankreich und Belgien die feierliche Verpflichtung eingegangen wurde, auf alle Sanktionen zu verzichten, wenn sie durch einen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben die Interessen für Geldgeber und den Zinsendienst der Anleihe gefährden könnten. Dieser Bescheid hebt zum Teil die Schwere der ersten Resolution wieder auf und besagt demnach das Gegenteil von dem, was Frankreich und Belgien gemeint haben.

Wesentlich für die deutsche Beurteilung ist der Umstand, zu welchem Termin die wirtschaftliche Räumung durchgeführt werden soll und wann die Zurücksetzung der militärischen Besatzung in Aussicht gestellt wird. In diesen beiden Fragen liegt der Kernpunkt der eigentlichen Entscheidungen. Die bisherigen Beschlüsse der Konferenz lassen die Deutung zu, daß unter dem Einfluß Englands eine Kompromißlösung gefunden ist, die die Rückgängigmachung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen für Mitte August vorsieht. Im Hinblick darauf würden die deutschen Organisationen ihre Tätigkeit eröffnen können, sobald die zweite Etappe der einzelnen Räumungsmaßnahmen schon kurze Zeit darauf in Kraft treten würde. Das Protokoll, das Deutschland unterschreiben soll, wird über die wichtigsten Entscheidungen Aufschluß geben. Ein Gesamtbild über den Ausgang der Verhandlungen ist daher nur möglich, wenn dieses Protokoll im Wortlaut der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird. Da die Unterzeichnung des Protokolls vor den endgültigen Entscheidungen im Reichstag stattfindet, werden die deutschen Reichstagsparteien ihre Entscheidungen auch davon abhängig machen können, inwieweit die deutschen Interessen gewahrt worden sind.

Die Frage der Garantien.

Paris. (Funkdruck.) Ueber neue Schwierigkeiten, die in der Londoner Konferenz gestern aufgetaucht sind, meldet der Sonderberichterstatter des Echo de Paris: Im Laufe der Besprechung der alliierten Finanzminister mit dem Teilnehmer der Bank Morgan Lamont und dem englischen Finanzmann Sir Robert Anderson über die Frage der Garantien, die den ausländischen Anleihegebern bewilligt werden können, habe Lamont erklärt, daß die Repro der Waffe des amerikanischen Volkes auch nicht das geringste Vertrauen einflöße, andererseits mißbillige Wallstreet das Wort: isolierte Aktion und alles was damit zusammenhänge. Nach dem Wort habe Ministerpräsident Herriot mit dem Teilnehmer der Bank Morgan Lamont eine längere Unterredung gehabt. Der Berichterstatter erklärt, verlihren zu können, daß Lamont Entgegenkommen gezeigt habe. Es scheint, daß Herriot in seinen Konzeptionen so weit gegangen sei, wie das französische Parlament ihm gestatten werde.

Verhandlungen mit den Eisenbahnsachverständigen.

Paris. (Funkdruck.) Ueber die Verhandlungen mit den Eisenbahnsachverständigen Laveure und Neworth berichtet der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur aus London: Laveure und Neworth hätten erklärt, daß nach ihrer Ansicht die deutsche Eisenbahngesellschaft am 1. Oktober konstituiert sein könnte. Die gleichen Sachverständigen würden heute erklären, ob die Beibehaltung der 4500 französischen und belgischen Eisenbahnen innerhalb des deutschen Personals auf den rheinischen Strecken mit dem Sachverständigenplan zu vereinbaren sei oder nicht.

Amerika etwas unbefriedigt.

London. (Funkdruck.) Times meldet, daß ein großer Unzufriedenheit in amerikanischen Kreisen laut geworden sei, da durch die Vorläufe der ersten Kommission eine Wiederbelebung des Ruhrgebietes durch Frankreich nicht ausgeschlossen wäre.

Die Sanktionen erschwert, aber nicht beseitigt.

Paris. In London wurde gestern nachmittag der offizielle Text des von der ersten Kommission am Sonnabend ausgearbeiteten Entwurfes über Verletzungen und Sanktionen fertiggestellt. Der Inhalt der offiziellen Schriftstücke ist als solcher im wesentlichen bekannt. Neu und von hervorragender Bedeutung ist insbesondere die Stelle, die sich auf die eventuelle Erregung von Sanktionen bezieht. Die Alliierten erklären, daß sie während der Dauer der Rückzahlung der erwählten Anleihe von 800 Millionen Goldmark zu Sanktionen nur dann ihre Zustimmung nehmen werden, wenn die Reparationskommission durch eine beauftragte Entscheidung eine Verletzung im Sinne des § 3 Teil 1 des Sachverständigen-Gutachtens nach Anhörung des Gutachtens des Agenten für die Zahlungen und eines Vertreters der Geldgeber feststellen wird.

Die Pfänderumstellung.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus London hat der zweite Unterausschuss der zweiten Kommission für die Pfänderumstellung gestern nachmittag eine wichtige Entscheidung getroffen, der zufolge die verbündeten Mächte, sobald Deutschland die von der Reparationskommission vom 15. Juli aufgestellten Bedingungen erfüllt hat, folgende Maßnahmen beschließen haben:

1. Wiedereinrichtung der deutschen Behörden in die Verfügung über die für den 11. Januar 23 zur Erhebung von Steuern und Zöllen und ferner im Hinblick auf alle Vorgänge, die sich auf das wirtschaftliche und fiskalische Leben des zur Zeit besetzten Gebietes bezogen. Diese Wiedereinrichtung muß innerhalb der Grenzen des Versailles-Vertrages und der Beschlüsse der interalliierten Rheinland-Kommission sowie gemäß den Bestimmungen des Dawes-Berichtes erfolgen.
2. Rückgabe der Bergwerke, Kohlereien und industriellen Einrichtungen, die von den franco-belgischen Behörden belegt worden waren.
3. Zurückgabe der Steuern.
4. Wiederherstellung des Personenverkehrs und Rückgabe des requirierten Eigentums.

Hinsichtlich der Rückgabe der Eisenbahnen hatte sich zwischen den Sachverständigen eine lange Diskussion entsponnen. Die englischen Sachverständigen betonten die Notwendigkeit, daß die Einheit des deutschen Eisenbahnnetzes noch vor der Ausbringung der Anleihe wieder hergestellt sein müsse. Auch gestern nachmittag haben die beiden englischen und französischen Eisenbahnsachverständigen die technischen Bedingungen erörtert, unter denen die franco-belgische Regie abtreten und die deutschen Eisenbahnbehörden im besetzten Gebiet wieder eingesetzt werden können.

Die Fischehollowakei und die geplante Eisenbahngesellschaft.

London. Der schwedische Gesandte in London überreichte im Außenamt gestern eine Note, in welcher die schwedische Regierung mitteilt, daß sie sich mit ihrer Politik alle Rechte vorbehalte gegenüber der neu zu gründenden Eisenbahngesellschaft für den Betrieb der deutschen Eisenbahnen, falls die Anwendung der Grundzüge des Dawes-Planes in dieser Angelegenheit die Interessen der schwedischen Regierung berühren sollte.

Der Bericht der dritten Kommission.

London. Der Bericht der dritten Kommission schlägt vor, daß jede Regierung ihre eigene Organisation hat, die über die Verwendung der von Deutschland eingehenden Zahlungen Entscheidungen zu treffen hat. Ueberdies soll zwischen den einzelnen Regierungen ein ständiger gegenseitiger Gedankenaustausch über diese Materie durch das Organ der Reparationskommission erfolgen.

Anleihevorbereitungen der amerikanischen Banken.

London. Dem Daily Telegraph wird vom „New York Herald“ gemeldet, daß man in Amerika die Fortschritte der interalliierten Konferenz mit großem Interesse verfolgte. In offiziellen Washingtoner Kreisen erklärt man sich mit den bereits erzielten Ergebnissen zufrieden. Aus amerikanischen Finanzkreisen verläutet, daß die Großbanken zur Zeit Verhandlungen betrefls der Bildung des Syndikats führen, daß die 800 Millionen-Anleihe zugunsten Deutschlands aufzubringen soll.

Die Dawes-Anleihe.

Paris. Nach einer Meldung des Temps begannen in London gestern nachmittags vorbereitende Besprechungen der Finanzminister Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens mit amerikanischen Bankiers über die im Dawes-Plan vorgezeichneten Anleihen.

Dr. Stresemann fährt nach London.

Berlin, 22. Juli. Die bisherigen Verhandlungen im Reichskabinett über die Einladung zur Londoner Konferenz haben ergeben, daß Minister Dr. Stresemann unverzüglich nach London abreisen wird, um an den dortigen Verhandlungen teilzunehmen. Ob Reichskanzler Dr. Marx ebenfalls nach London begeben wird, ist noch immer ganz ungewiß. In den Kreisen der Reichsregierung ist man der festen Überzeugung, daß namentlich die Notwendigkeit besteht, in Verhandlungen einzutreten, selbst wenn nur die Möglichkeit gegeben sein sollte, ein oder zwei Tage zu diskutieren. Die deutschen Regierungsvertreter werden in London über verschiedene Punkte Klarstellung fordern müssen, da eine Zustimmung Deutschlands unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht möglich ist.

Alle Entscheidungen verhängt.

Berlin, 22. Juli. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, haben alle Fraktionen des Reichstages ihre Verurteilungen über die Stellungnahme zum Sachverständigen-Gutachten bis nach Erledigung der Londoner Konferenz verhängt. Die Parteiführer erwarten für Ende dieser Woche die Auskünfte der Reichsregierung über die den Entscheidungen Stellung nehmen werden. Reichskanzler Dr. Marx hat den Führern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß während des entscheidenden Stadiums der Londoner Konferenz alle Vorbereitungen dazu getroffen werden sollen, daß die Reichstagsparteien auf dem schnellsten Wege von dem Ergebnis der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt werden. Im übrigen soll der Reichstag sich in ständiger Bereitschaft halten. Die Fraktionen sind seit Dienstag vollständig in Berlin verammelt.

Wichtige Mitteilungen an die Reichsregierung.

Berlin, 22. Juli. Wie wir aus den Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, ist die Reichsregierung durch Vermittlung des englischen Foreign Office von allen bisherigen Beschlüssen der Londoner Konferenz offiziell in Kenntnis gesetzt worden. Darüber hinaus ist an Deutschland eine ausführliche Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Regierungen zu den Fragen der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes ergangen. Diese Mitteilungen stellen zum Teil eine ausführliche Beantwortung der von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen dar, die durch den letzten Schritt des Vorkonzerns in London an die einladenden Regierungen der Londoner Konferenz gerichtet worden waren.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Berlin. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages befaßte sich gestern mit der Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose. Ministerialrat Weigert erklärte, die Zahl der ausländischen Arbeiter sei gegenüber der Vorkriegszeit auf ein Viertel zurückgegangen. Das Arbeitsministerium begreife durchaus, daß der Finanzminister 500 Millionen für Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stellen könne. Nach einem Ueberblick über die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge betonte der Redner, daß öffentliche Mittel nur für wirklich volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten, namentlich für die Volksernährung angewendet werden sollen. Er teilte schließlich mit, daß die Unterstützung mit Zuschlägen bis zu 80 und 85 Prozent der Tariflöhne erreiche.

Berhöhte Wachsamkeit der Polizei gegenüber Umsturzversuchen.

Berlin, 22. Juli. Der Reichsminister des Innern hat ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet in dem er sie bittet, in den nächsten Wochen erhöhte Wachsamkeit gegenüber Umsturzversuchen von Seiten der Kommunisten und der Nationalsozialisten an den Tag zu legen und die Vorgänge in beiden Lagern aufs schärfste überwachen zu lassen. Man ist im Reichsministerium des Innern der Ansicht, daß die beginnende Zerlegung im nationalsozialistischen Lager leicht dazu führen kann, daß die radikalen Elemente zu dem Zweck, die gemäßigtere Gruppe mit sich fortzureißen, auf neue Versuche zur Störung von Ordnung und Ruhe machen könnten. Man ist auch darüber informiert, daß die Kommunisten auf das eifrigste im nationalsozialistischen Lager Anhänger zu werben suchen, um die Unzufriedenen der Nationalsozialisten, die sich mit der parlamentarischen Einstellung ihrer Partei nicht befrieden können, in das eigene Lager hinüber zu ziehen. Man weiß auch, daß die Kommunisten für die nächsten Wochen eine erhöhte Werbe- und Kampftätigkeit in die Wege geleitet haben, jedoch besteht völlige Sicherheit darüber, daß alle Versuche zur Erregung von Unruhen im Reime erstickt werden können, und daß es niemals gelingen würde, sich der Herrschaft über den Behörden- und Verwaltungsapparat zu bemächtigen, jedoch größere Störungen des Wirtschaftslebens nicht zu befürchten seien.